

Weilepp, Manfred

**Article**

## Subventionen wieder verschont

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weilepp, Manfred (1993) : Subventionen wieder verschont, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 7, pp. 334-335

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/137019>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

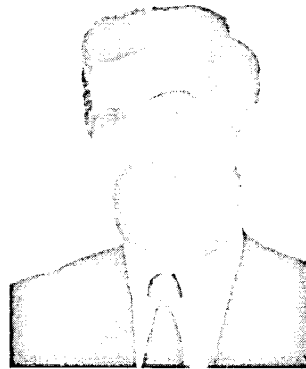
**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Subventionen wieder verschont



Manfred Weillepp

Die seit der wirtschaftlichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Juli 1990 ausufernde Staatsverschuldung bereitet den Finanzpolitikern in Deutschland erhebliches Kopfzerbrechen. Angesichts einer geplanten Nettokreditaufnahme von knapp 70 Mrd. DM im Jahre 1993 allein für den Bundeshaushalt sehen sie sich in einer Zeit, in der die konjunkturelle Situation eigentlich dafür spricht, höhere Defizite hinzunehmen, gezwungen, Sparmaßnahmen zu ergreifen, um das strukturelle Defizit abzubauen und die Flexibilität der Finanzpolitik für die Zukunft nicht noch weiter einzuschränken.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Maßnahmen, die im Föderalen Konsolidierungsprogramm (FKP) im Frühjahr beschlossen wurden, nicht ausreichen, um den vorgesehenen Verschuldungsrahmen für die nächsten Jahre einzuhalten – die Kreditaufnahme des Bundes würde vielmehr schon im nächsten Jahr auf über 90 Mrd. DM ansteigen –, hat sich die Bundesregierung nun in einem neuen Konsolidierungskonzept auf eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Eindämmung des Defizits geeinigt.

Das Schwergewicht der Konsolidierungsmaßnahmen lag beim FKP eindeutig auf der Einnahmenseite: geplanten Ausgabeneinsparungen von 4,4 Mrd. DM bei den Gebietskörperschaften und der Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1995 standen erwartete Einnahmeerhöhungen von 34,5 Mrd. DM gegenüber. Die Ausgabenkürzungen betrafen zum überwiegenden Teil (3,6 Mrd. DM) Sozialleistungen: Änderungen beim Erziehungsgeldgesetz, beim Sozialhilfegesetz und beim Arbeitsförderungsgesetz.

Bei dem neuen Konsolidierungskonzept werden dagegen überwiegend Sparmaßnahmen auf der Ausgabenseite vorgesehen. Zu der geplanten Haushaltsentlastung von 21 Mrd. DM im Jahre 1994 beim Bund und bei der Bundesanstalt für Arbeit (27,4 Mrd. DM 1995) tragen steuerliche Maßnahmen nur mit 1,4 Mrd. (2,4 Mrd.) DM bei. Es handelt sich dabei nicht, wie beim FKP, um Steuererhöhungen, sondern hauptsächlich um den Versuch, Mißbräuche und Steuerumgehungen einzudämmen, sowie um die Beseitigung einiger ungerechtfertigter Steuervorteile und -gestaltungsmöglichkeiten.

Wer nun erwartet hatte, daß die Bundesregierung in Anbetracht des Zwanges zu Einsparungen endlich energisch den seit Jahren versprochenen Abbau von Subventionen in Angriff nehmen würde, sieht sich wieder einmal bitter enttäuscht. Von den Einsparungen auf der Ausgabenseite in Höhe von insgesamt 19,6 Mrd. DM 1994 und 25 Mrd. DM 1995 soll, wie schon beim FKP, der weitaus größte Teil, 15,6 Mrd. bzw. 18 Mrd. DM, durch Eingriffe in die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit sowie durch die Kürzung weiterer Sozialleistungen erbracht werden. Dagegen ergeben die als „Abbau von Subventionen und ähnlichen Sonderleistungen“ bezeichneten Einsparungen beim Bund für 1994 nur ein Volumen von 1,2 Mrd., für 1995 von 1,9 Mrd. DM. Das sind lediglich 5,6% bzw. 6,8% der für den Bund und die Bundesanstalt für Arbeit vorgesehenen Haushaltsentlastungen.

Bei näherer Betrachtung entpuppt sich jedoch auch diese Summe noch als Mogelpackung. So wird z.B. die Verschiebung der Agrarsozialreform als Subventionsabbau verkauft, obwohl es sich

lediglich um eine zeitliche Verlagerung der Einführung neuer Subventionen handelt. Auch die Streichung einer Globalreserve im Finanzplan des Landwirtschaftsministeriums, die mit der Streichung der „Inventarbeiträge Ost“ zusammengefaßt wird, kann ohne nähere Spezifizierung kaum als Subventionsabbau angesehen werden. Der Versuch, das „Einfrieren“ der Haushalte für Forschung und Entwicklungshilfe für zwei Jahre in der Öffentlichkeit als Kürzung von Subventionen darzustellen, kann eigentlich nur als schlechter Witz angesehen werden. Zum einen handelt es sich hier nur um den Verzicht auf eine Erhöhung. Zum anderen wird wohl kaum jemand ernsthaft auf den Gedanken kommen, die Entwicklungshilfe pauschal in die Rubrik Subventionen einordnen zu wollen, obwohl einige Zahlungen durchaus auch deutschen Unternehmen zugute kommen. Auch der Forschungsminister dürfte kaum damit einverstanden sein, seinen gesamten Etat den Subventionen zugerechnet zu sehen.

Die Kürzung der Leistungen an das industrielle Bundesvermögen stellt ebenfalls keinen Abbau von Subventionen dar, da es sich hierbei um Kapitalaufstockungen handelt, die nicht den Subventionen zugerechnet werden. Da sie jedoch häufig eingesetzt werden, um Verluste von Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand auszugleichen, und so zu einem Instrument der indirekten Subventionierung werden, ist ihre Einordnung an dieser Stelle durchaus positiv zu bewerten.

Schließlich ist noch anzumerken, daß der Einspareffekt durch Rückführung der Kokskohlenbeihilfe, der für 1995 mit 400 Mill. DM angesetzt wird, lediglich durch eine Verlagerung der Ausgaben auf die Länder erreicht werden soll. Insgesamt bleibt also von den sowieso nur geringen Einsparungen bei den Subventionszahlungen bei kritischer Betrachtung noch weniger übrig. Obwohl die geplanten Kürzungen der Sozialleistungen mit der Einführung von Einkommensgrenzen bei bestimmten Leistungen auch einige durchaus akzeptable Komponenten haben, werden von den Sparbeschlüssen der Bundesregierung doch in erster Linie die schwächeren Glieder der Gesellschaft getroffen: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Die Unternehmen als Empfänger von Subventionen kommen dagegen relativ ungeschoren davon.

Angesichts dieses Mißverhältnisses in der Belastung durch die Sparbeschlüsse stellt sich wieder einmal die Frage, warum jede Regierung sich so schwer tut, Subventionen abzubauen, obwohl die Senkung von Subventionen seit Jahren immer wieder von Politikern aller Parteien, von Wissenschaftlern und vom Bund der Steuerzahler gefordert wird und obwohl die negativen Wirkungen, die von den Subventionen, die ja zu einem großen Teil Erhaltungssubventionen sind, auf Wirtschaftsstruktur, Effizienz und Verteilung ausgehen, hinreichend bekannt sind.

Der Hauptgrund für die Probleme, die die Politiker mit dem Subventionsabbau haben, ist in der starken Lobby der Interessenvertreter der Subventionen empfangenden Wirtschaftszweige zu sehen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß trotz der verbalen Unterstützung der Forderung nach allgemeiner Kürzung der Subventionen durch die übergreifenden Wirtschaftsverbände bei konkreten Vorschlägen die unmittelbar Betroffenen sofort energischen Protest einlegten. Dieses Verhalten läßt auf die Herausbildung einer Subventionsmentalität schließen, die der Transfermentalität im Sozialbereich nicht unähnlich ist und die dazu geführt hat, daß in kritischen Situationen zu schnell staatliche Hilfe gefordert und diese dann als Dauereinrichtung und nicht als Hilfe zur Selbsthilfe angesehen wird. Ein besonders markantes Beispiel dafür ist der größte Subventionsempfänger, der Agrarbereich. Begründet wird der Protest gegen den Subventionsabbau in der Regel mit der Gefahr des Verlustes von Arbeitsplätzen bzw. mit der sonst fehlenden Möglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diesem Argument, das sich auch die Arbeitnehmervertreter zu eigen machen, widersetzt sich kaum ein Politiker, der in seinem Wahlkreis wiedergewählt werden will. Das gilt um so stärker in einer Zeit, in der aufgrund der konjunkturellen Lage die Arbeitslosenzahlen besonders hoch sind.

Um die Politiker zu zwingen, sich ernsthaft mit den Subventionen auseinanderzusetzen, sollten die Subventionen endlich grundsätzlich mit einer zeitlichen Befristung versehen werden – eine Forderung, die seit Jahren immer wieder erhoben wird. Zielsetzungen, Ausgestaltung und Wirkungen der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen müßten dann in regelmäßigen Abständen überprüft und ihre Verlängerung vom Ergebnis dieser Prüfung abhängig gemacht werden. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß die Zielsetzungen endlich für alle einzelnen Subventionen klar formuliert werden.